

Aber diese Politik bedroht nicht nur das deutsche Volk, sondern alle Völker Europas!

Denn die Zerreißung Deutschlands, die Verhinderung des Friedens und die Aufzwingung eines Besatzungsstatuts bedeuten die Verwandlung der westdeutschen Schwerindustrie in die Waffenschmiede des amerikanischen Imperialismus und der westlichen Besatzungszonen in das Aufmarschgebiet für einen neuen Krieg. Wieder soll die deutsche Jugend als Kanonenfutter mißbraucht werden.

Der westdeutsche Kolonialstaat soll das Kernstück der westeuropäischen Militrunion werden, mit deren Hilfe der amerikanische Imperialismus seine Herrschaft über Europa und die ganze Welt begründen will.

Dies ist das neue große Verbrechen, das der USA-Imperialismus mit seinen Verbündeten und Lakaien am deutschen Volke und an den Völkern Europas begeht.

Der Plan der Verwandlung Westdeutschlands in einen Stützpunkt des Dollarimperialismus zur Beherrschung West- und Mitteleuropas und zur Eroberung der Weltherrschaft war der Grund dafür, daß die USA und in ihrer Gefolgschaft Großbritannien

*den schlimmsten Wortbruch am Potsdamer Abkommen begingen, in dem zugesichert war, Deutschland in wirtschaftlicher Hinsicht als einheitliches Ganzes zu behandeln, die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung und den Abschluß eines Friedensvertrages vorzubereiten.*

Er ist der Grund dafür, daß die Westmächte unter Bruch der von ihnen Unterzeichneten Abkommen dem deutschen Volke den Frieden verwehren und ihm statt dessen ein Besatzungsstatut aufzwingen, durch das die Last der militärischen Besetzung noch für Jahrzehnte auf gebärdet, die Einheit unseres Vaterlandes zerrissen und die Mehrheit unseres Volkes in koloniale Sklaverei geschlagen werden sollen. Doch nicht genug damit! Die Westmächte haben ihre Spaltungspolitik auch auf Berlin ausgedehnt und damit chaotische Zustände in der Hauptstadt Deutschlands geschaffen, die sie zu ihrer wilden Kriegshetze brauchen und ausnutzen.

Den Westmächten wäre es niemals möglich gewesen, diese Vernichtungspolitik gegen das deutsche Volk durchzuführen, wenn sie nicht Unterstützung bei „deutschen“ Politikern gefunden hätten, die den Raub des Ruhrgebiets und die koloniale Versklavung West-